

INHALT

1. CDU-Fraktion will Gymnasien und Regionalschulen erhalten
2. Auch 2011 ist die Zahl der Straftaten in Schleswig-Holstein gesunken
3. Sonderkonjunktur durch Energiewende in Schleswig-Holstein
4. Mehr als 1000 neue Arbeitsplätze im Bauhauptgewerbe im Jahr 2011
5. Urlaubsland Schleswig-Holstein weiter im Aufwind
6. Konzept der Eutiner Festspiele überzeugt

09.03.2012

CDU-Fraktion will Gymnasien und Regionalschulen erhalten

Bildungsexpertin Heike Franzen fordert SPD-Spitzenkandidaten Albig auf, seine Position zu klären!



Heike Franzen, MdL

Für eine turbulente Woche hat die Bildungspolitik gesorgt. Nach einer Auswertung der im Wahlprogramm fixierten Pläne der SPD kam CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen zum Ergebnis, dass diese nicht nur zu einer Zwangsumwandlung von Regional- und Gemeinschaftsschulen führen würden. In der Folge wären ganze Schulstandorte gefährdet. „Für Regionalschulen gilt in der Sekundarstufe Eins eine Mindestschülerzahl von 240. Da an Gemeinschaftsschulen auch Gymnasiasten unterrichtet werden, gilt an diesen die bereits von Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave im Jahr 2007 auch aus pädagogischen Gründen festgelegte Untergrenze von 300 Schülern“, so Franzen. 25 Regionalschulen erreichen diese Schülerzahl nicht. Sie sind damit gefährdet.

In der Folge der Zwangsumwandlung der Regionalschulen ist auch das flächendeckende

Gymnasium gefährdet. Denn sechs Gymnasien – insbesondere an der Westküste – arbeiten im Verbund mit einer Regionalschule. Wenn letztere zur Gemeinschaftsschule umgewandelt werden, werden bei ausreichender Schülerzahl Oberstufen eingerichtet. Damit wird insgesamt das Gymnasium durch eine Gemeinschaftsschule ersetzt.

Die Verbände der Gymnasial- und Regionalschulen liefen in dieser Woche Sturm gegen die SPD-Pläne. Der Philologenverband wies darauf hin, dass auch der SPD-Plan, zukünftig nur noch „Stufenlehrer“ auszubilden, auf eine Abschaffung der Gymnasien hinweise. Auch formuliere die SPD im Wahlprogramm „Eine Schule für alle“ als langfristiges Ziel. „Es ist nicht auszudenken, was passiert, wenn dieser Schritt in der Bildungspolitik vollzogen wird“, warnte der Vorsitzende des Philologenverbandes Schleswig-Holstein (Phv), Helmut Siegmon. Die Vorsitzender der IVL (Interessenvertretung der Lehrkräfte) Grete Rhenius forderte Ruhe an den Schulen: „Die Ankündigung, G-9-Gymnasien und Regionalschulen, die in den letzten Jahren sehr viel Arbeit in ihre Konzepte gesteckt haben, rückabzuwickeln, wird nicht zu mehr Qualität, sondern zu mehr Frust und Verunsicherung bei Eltern, Schülern und Lehrern führen.“

Auf Anfrage von Journalisten verwies SPD-Spitzenkandidat Albig an seinen Landesvorsitzenden Stegner. Statt sich inhaltlich zu äußern, warf dieser der CDU lediglich vor, die „Propaganda-Abteilung“ geöffnet zu haben und eine „schulpolitische Angstdebatte“ zu schüren.

CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen forderte Albig auf, sich nicht länger hinter Stegner zu verstecken. „Herr Albig muss persönlich erklären, wie er die in seinem Programm formulierten Ziele in praktische Politik umsetzen will“, so Franzen.

Auch 2011 ist die Zahl der Straftaten in Schleswig-Holstein gesunken Jugendliche Intensivtäter bleiben Problemgruppe Nr. 1



Werner Kalinka, MdL

Auch im Jahr 2011 ist die Zahl der Straftaten in Schleswig-Holstein erneut gesunken. Das geht aus der in dieser Woche vorgestellten polizeilichen Kriminalstatistik 2011 hervor. 220.000 Straftaten wurden gemeldet. Im Jahr der CDU-Regierungsübernahme 2005 waren es noch 243.000.

CDU-Innenexperte Werner Kalinka bezeichnete die Entwicklung im Jahr 2011 als „insgesamt erfreulich“. Den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gebühre für ihre Arbeit im Lande

Schleswig-Holstein Dank und Anerkennung.

Kalinka wies allerdings darauf hin, dass die strafrechtlich in Erscheinung tretenden unter 21-jährigen nach wie vor die „Problemgruppe Nr.1“ bildeten. Sie seien für 55 Prozent der Raubdelikte, 70 Prozent der Raubüberfälle in der Öffentlichkeit und nahezu jede zweite Sachbeschädigung sowie Körperverletzung verantwortlich. „Die Bekämpfung der Jugend- und Intensivtäterkriminalität sehen wir seit Jahren als zentrale Aufgabe an“, erklärte Kalinka unter anderem mit Blick auf den 2011 von CDU-Landesverband und CDU-Fraktion vorgestellten Maßnahmenkatalog zu Prävention und Sanktion bei jugendlichen Intensivtätern.

Auch der Zunahme der Wohnungseinbrüche und Diebstähle in den vergangenen Monaten gebühre besondere Aufmerksamkeit, bemerkte der Innenexperte abschließend.

Den Maßnahmenkatalog finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/intensivtaeter.pdf>

Die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2011 finden Sie unter:

<http://www.polizei.schleswig-holstein.de/cae/servlet/contentblob/851214/publicationFile/pks-2011.pdf>

Sonderkonjunktur durch Energiewende in Schleswig-Holstein Jahrespressekonferenz der Investitionsbank Schleswig-Holstein

Die Energiewende hat sich bereits im Jahr 2011 zum Wachstumstreiber in Schleswig-Holstein entwickelt. Das wurde auf der Jahrespressekonferenz der Investitionsbank Schleswig-Holstein Mitte der Woche deutlich. Positive Auswirkungen seien unter anderem beim Handwerk klar erkennbar. Auch private Investoren aus der Region seien zum Beispiel durch Beteiligungen an Bürger-Windparks direkt an der Wertschöpfung durch Öko-Strom beteiligt. Auch durch geplante Offshore-Service-Häfen zum Beispiel auf Helgoland oder in Brunsbüttel rechnet die Investitionsbank mit wirtschaftlichem Auftrieb in den Regionen.

Für das Jahr 2012 dürften energetische Sanierungsmaßnahmen bei Wohngebäuden und der Netzausbau insbesondere zum Transport von Windenergie Schwerpunkte der Förderung bilden. Im Bereich der Immobilienförderung wurden 2011 insgesamt 464 Millionen Euro von der Investitionsbank vergeben. An die Kommunen in Schleswig-Holstein wurden 438 Millionen Euro an Krediten vergeben. Dabei ging es vor allem um den Ausbau der Infrastruktur und der Breitbandnetze.

Ausführliche Informationen finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.ib-sh.de/249/erfolgreiches-geschaeftsjahr-der-investitionsbank-befoerdert-die-energiewende/4c687b9e870b95486ad738ffed944558/>

Mehr als 1000 neue Arbeitsplätze im Bauhauptgewerbe im Jahr 2011 Beschäftigungslage im Bauhauptgewerbe deutlich verbessert



Jens-Christian Magnussen, MdL

Die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe hat gegenüber 2010 im letzten Jahr um fünf Prozent auf rund 22 000 zugenommen. Diese Zahl meldete das Statistikamt-Nord diese Woche. Noch stärker stieg die Zahl der im Bauhauptgewerbe geleisteten Arbeitsstunden. Sie nahm um elf Prozent zu. Den meisten Zuwachs verzeichnete mit 18 Prozent der öffentliche und Verkehrsbau. Der gewerbliche und industrielle Bau stieg um 16 Prozent.

Der Umsatz im Baugewerbe stieg im letzten Jahr um 18 Prozent auf mehr als 2,6 Milliarden Euro. Der stärkste Anstieg wurde dabei mit 27 Prozent im Wohnungsbau verzeichnet. Auch im gewerblichen und industriellen Bau (plus 13 Prozent) sowie im öffentlichen und Verkehrsbau (plus neun Prozent) wurde eine erhebliche Umsatzsteigerung gemeldet.

Für den CDU-Wirtschaftsexperten Jens-Christian Magnussen ist diese Entwicklung ein weiterer Beleg für den Erfolg der mittelstandsfreundlichen Politik der CDU-geführten Landesregierung. „Unser Konjunkturprogramm zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, die Erhöhung der Wertgrenzen für die freie Vergabe öffentlicher Aufträge und auch die Aufrechterhaltung der einzelbetrieblichen Förderung in besonders strukturschwachen Regionen haben zu diesem Erfolg unserer mittelständischen Wirtschaft und ihrer Mitarbeiter beigetragen“, erklärte Magnussen.

Besonders erfreulich: Auch die Auftragseingänge nahmen gegenüber 2010 um fast 15 Prozent zu. Das verspricht eine Fortsetzung des Wachstums. In erster Linie wurde mit plus 31 Prozent ein deutlicher Zuwachs beim gewerblichen und industriellen Bau sowie mit plus 29 Prozent im Wohnungsbau erreicht. Mit minus vier Prozent ist die Auftragslage im öffentlichen und Verkehrsbau dagegen rückläufig: „Da die Maßnahmen der Konjunkturprogramme auslaufen, kann das Minus bei öffentlichen Aufträgen nicht überraschen. Das deutliche Wachstum in den anderen Bereichen zeigt aber, dass die Programme nachwirken. Deswegen ist es angesichts der Haushaltslage richtig, dass die öffentliche Hand sich jetzt darauf konzentriert, die Ausgaben in den Griff zu kriegen“, so Magnussen abschließend.

Urlaubsland Schleswig-Holstein weiter im Aufwind **Fraktionsarbeitskreis Tourismus zu Gast auf der ITB**

Der Fraktionsarbeitskreis Tourismus der CDU-Landtagsfraktion war diese Woche zu einem Besuch auf der Internationalen-Tourismus-Börse (ITB) in Berlin. Am Rande der Messe erklärte dabei der tourismuspolitische Sprecher, Hartmut Hamerich: „Der Tourismus in Schleswig-Holstein ist sehr gut aufgestellt. Die Tourismus Agentur Schleswig-Holstein macht zusammen mit den regionalen und lokalen Tourismusmarketing Organisationen eine hervorragende Arbeit.“

Das Land Schleswig-Holstein ist in den letzten Jahren als Marke nicht nur im Inland, sondern auch international wieder verstärkt als Urlaubsdestination von hoher Qualität wahrgenommen worden. Dies belegen die Übernachtungszahlen von 2011 mit einem Plus von 8 - 12 Prozent im Städtetourismus und einem Gesamtplus von 0,2 Prozent auf einem weiterhin sehr hohen Niveau trotz eines verregneten Sommers.

„Mit dem Tourismuskonzept für Schleswig-Holstein hat die CDU-geführte Landesregierung 2010 die Grundlage für die Neukonzeption des Tourismus in Schleswig-Holstein geschaffen und das Land zurück auf den Wachstumskurs geführt“, so Hamerich.

Es werde darauf ankommen, die Qualität der schleswig-holsteinischen Tourismusangebote zu steigern und den Ausbau von zielgruppenspezifischen Angeboten weiter voranzutreiben. In Zukunft werde man die touristische Infrastruktur noch stärker an den Bedürfnissen einer alternden Gesellschaft ausrichten müssen. Teil dieser Strategie sei auch der barrierefreie Tourismus, der für Schleswig-Holstein ein echter Standortvorteil werden könne. „Diesen Weg will die CDU gemeinsam mit den touristischen Partnern in Schleswig-Holstein konsequent weitergehen“, so Hamerich abschließend.



Hartmut Hamerich, MdL

Konzept der Eutiner Festspiele überzeugt **Finanz- und Bildungspolitiker stellen finanzielle Mittel in Aussicht**

Die Finanz- und Bildungspolitiker der Koalitionsfraktionen haben bei ihrem Besuch in Eutin der dortigen Festspielleitung die Auszahlung von 80.000 Euro Fördergeldern aus dem Landeshaushalt für 2012 in Aussicht gestellt. Die Gelder waren bei der Verabschiedung des Etats mit einem Sperrvermerk versehen worden. Dieser könne nun aufgehoben werden.

Das Geschäftsjahr 2011 schlossen die Festspiele mit nahezu ausgeglichener Bilanz ab, für die kommende Saison wurden bereits über 8.000 Karten verkauft. Die Eutiner haben in sechsstelliger Höhe für „ihre“ Festspiele gespendet, und das künstlerische Konzept überzeugte die Landtagspolitiker. Deshalb treffen sich Finanz- und Bildungsausschuss zu einer gemeinsamen Sitzung am 29. März – um endgültig über die Freigabe der Gelder zu entscheiden.



Teilnehmer des Gesprächs

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de